

Am Lage

Frank Samirae
Holunderweg 9
51427 Bergisch Gladbach

E 22/08.

3-

Stadt Bergisch Gladbach
Geschäftsstelle Integrationsrat
Stadthaus an der Gohrsmühle
51465 Bergisch Gladbach

22.08.16

Anfrage zu Notfallplan bei Scheitern des „Flüchtlingsdeals“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrte Damen und Herren,

zur kommenden Sitzung des Integrationsrates frage ich hiermit an wie der Notfallplan der Stadt aussieht falls der „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei platzt.

Mehrere Medien berichten, dass die Regierung in Ankara der EU eine Frist bis Oktober gesetzt hat, zur Einführung der Visafreiheit für türkische Staatsbürger. Sollte es keine Visafreiheit geben, würde der „Flüchtlingsdeal“ platzen. In der Folge würden die 2,8 Millionen Flüchtlinge, welche sich derzeit in der Türkei befinden, von der Türkei in die EU geschickt.

Für den Fall der Fälle ist es sehr wichtig, dass sich die Stadt Bergisch Gladbach einen Notfallplan zurechtlegt, um die Versorgung, Unterkunft und Betreuung einer großen Anzahl von Flüchtlingen gewährleisten zu können.

Es wird somit gefragt, ob es einen solchen Notfallplan bereits gibt und falls ja, wie dieser sich im Detail darstellt.

Mit freundlichen Grüßen

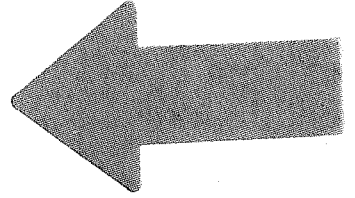
Frank Samirae



Ultimatum für die EU

Türkei droht: Dann platzt der Flüchtlingsdeal

31.07.2016, 21:55 Uhr | dpa



Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan bei einem Treffen mit der EU-Kommission in Brüssel. (Quelle: AFP)

Die Türkei hat der Europäischen Union eine Frist gesetzt: Sollte die zugesagte Visumfreiheit für ihre Bürger nicht Recep Tayyip Erdoğan das Flüchtlingsabkommen aufkündigen. Doch die EU will sich nicht erpressen lassen.

"Wenn es nicht zu einer Visa-Liberalisierung kommt, werden wir gezwungen sein, vom Rücknahmeabkommen und der Vereinbarung vom 18. März Abstand zu nehmen", sagte Außenminister Mevlüt Cavusoglu der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Die türkische Regierung erwarte einen konkreten Termin. "Es kann Anfang oder Mitte Oktober sein - aber wir erwarten ein festes Datum."

"Alles abhängig von der Aufhebung der Visumpflicht"

Das Flüchtlingsabkommen funktioniere, weil die Türkei "sehr ernsthafte Maßnahmen" ergriffen habe, unter anderem zur Bekämpfung der Menschen schmuggler, so Cavusoglu. "Aber all das ist abhängig von der Aufhebung der Visumpflicht für unsere Bürger, die ebenfalls Gegenstand der Vereinbarung vom 18. März ist." Der Minister versicherte, dies solle keine Drohung sein.

Bereits vor einigen Tagen hatte Präsident Erdoğan in einem ARD-Interview der EU vorgehalten, in der Flüchtlingspolitik ihr Wort gebrochen und Vereinbarungen nicht eingehalten zu haben. Die Türkei stehe zu ihren Versprechen, "aber haben die Europäer ihr Versprechen gehalten?", fragte

er und erinnerte damit an die versprochene Visumfreiheit.

EU will sich nicht erpressen lassen

Die Reaktion aus Brüssel auf die jüngsten Aussagen des türkischen Außenministers ließ nicht lange auf sich warten: Eine Sprecherin der EU-Kommission stellte klar, dass sich die Union nicht durch die Drohungen aus Ankara beeinflussen lassen wolle. Die Visumfreiheit für türkische Bürger werde es nur dann geben, wenn alle Bedingungen erfüllt seien.

"Die Türkei hat zugesagt, die Vorgaben zu erfüllen, und wir erwarten, dass sie diesen Verpflichtungen nachkommt", so die Sprecherin. Experten der EU-Kommission stünden weiter bereit, um die türkische Regierung bei der Umsetzung der noch notwendigen Reformen zu beraten und zu unterstützen.

Die Visumpflicht für türkische Staatsbürger sollte ursprünglich bereits ab Juli aufgehoben werden. Dieser Termin hat sich aber verschoben, weil die Türkei noch nicht alle 72 Bedingungen erfüllt hat, darunter die Reform der türkischen Anti-Terror-Gesetze.

Im Zentrum des EU-Flüchtlingspaktes mit der Türkei steht ein Tauschhandel. Die EU schickt Flüchtlinge und andere Migranten, die seit dem 20. März illegal in Griechenland eingereist sind, zurück in die Türkei. Für jeden zurückgeschickten syrischen Flüchtling darf seit dem 4. April ein anderer Syrer aus der Türkei legal und direkt in die EU einreisen.

Ankara hält Flüchtlingsabkommen bislang ein

Gut zwei Wochen nach dem vereitelten Militärputsch halte die Türkei das Flüchtlingsabkommen weiter ein, sagte der Sprecher des Stabes für die Flüchtlingskrise, Giorgos Kyritsis, im griechischen Staatsfernsehen (ERT). Zwar seien nach dem Putsch an einigen Tagen mehr als 100 Menschen angekommen, "im großen und ganzen aber sei der Zustrom nicht dramatisch gestiegen".

Zwischen Samstag und Sonntagmorgen setzten laut dem Krisenstab in Athen nur sechs Migranten aus der Türkei nach Griechenland über. Am Vortag waren 118 angekommen. Auf den Inseln harreten am Sonntag 9414 Menschen aus. In den sogenannten "Hotspots" gibt es aber nur Unterbringungsmöglichkeiten für 7450 Personen.

Der "Rückstau" der Menschen auf den Inseln hänge auch damit zusammen, dass Ankara im Rahmen des Vorgehens gegen die Putschisten alle türkischen Beobachter von den Inseln abgezogen und noch keine Ersatzleute geschickt habe, berichtete ein Offizier der Küstenwache. Diese türkischen Regierungsvertreter entscheiden, wann und wie viele Migranten in die Türkei zurückgeschickt werden.

[zum Artikel](#)

http://www.faz.net/-hox-8jwj3

STELLENMARKT LEBENSWEGE SCHULE

FAZ.NET F.A.Z.-E-PAPER F.A.S.-E-PAPER

Anmelden Abo Mobil Newsletter Mehr

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKE, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

Kampf gegen den
Terror



Frankfurter Allgemeine
Politik

Montag, 22. August 2016

VIDEO THEMEN BLOGS ARCHIV

Frankfurt 21°

POLITIK WIRTSCHAFT FINANZEN FEUILLETON SPORT GESELLSCHAFT STIL TECHNIK & MOTOR WISSEN REISE BERUF & CHANCE RHEIN-MAIN

Home Politik Ausland Europa Türkei F.A.Z. exklusiv: Türkische Regierung fordert Visafreiheit bis Oktober

F.A.Z. exklusiv

Türkische Regierung fordert Visafreiheit bis Oktober

Ankara will das Flüchtlingsabkommen mit der EU nicht mehr anerkennen, falls türkische Bürger nicht bald visafrei in die EU-Staaten reisen dürfen. Im Gespräch mit der F.A.Z. setzt der türkische Außenminister eine Frist.

31.07.2016, von MICHAEL MARTENS, ANKARA

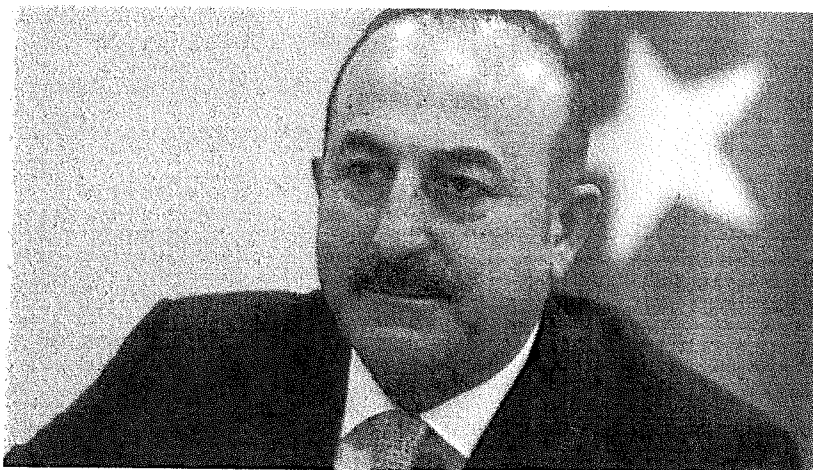
Teilen

Twittern

Teilen

E-mailen

Veröffentlicht: 31.07.2016, 15:22 Uhr



© REUTERS

Stellt der EU ein Ultimatum: Außenminister Mevlüt Cavusoglu.

Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu hat davor gewarnt, dass die Türkei das am 18. März mit der EU geschlossene Flüchtlingsabkommen nicht mehr anerkennen werde, wenn türkische Bürger nicht bis spätestens Oktober visumfrei in die EU-Staaten einreisen können.



Autor: Michael Martens, Korrespondent
für südosteuropäische Länder mit Sitz
in Athen.

Folgen:

Das Flüchtlingsabkommen funktionierte, weil die Türkei „sehr ernsthafte Maßnahmen“ ergriffen habe, unter anderem zur Bekämpfung der Menschen schmuggler, stellte Cavusoglu in einem Gespräch mit der

„Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ fest. Er warnte jedoch: „Aber all das ist abhängig von der Aufhebung der Visumpflicht für unsere Bürger, die ebenfalls Gegenstand der Vereinbarung vom 18. März ist.“

Türkische Regierung erwartet konkretes Datum für Visafreiheit

Dies solle „keine Drohung“ sein, versicherte der Minister, fügte aber hinzu: „Wenn es nicht zu einer Visaliberalisierung kommt, werden wir gezwungen sein, vom Rücknahmeabkommen und der Vereinbarung vom 18. März Abstand zu nehmen.“ Die türkische Regierung erwarte „einen konkreten Termin“ für die Visaliberalisierung. „Es kann Anfang oder Mitte Oktober sein – aber wir erwarten ein festes Datum.“

Mehr zum Thema

- „Die Menschen in der Türkei lieben Erdogan“
- „Wir sollten die Verhandlungen sofort auf Eis legen“
- Erdogan im Interview: „Europas Regierende sind nicht aufrichtig“
- Eskalation in der Türkei: Seehofer für Stopp der EU-Beitrittsverhandlungen

In Kombination mit dem Bau des Grenzzauns in Mazedonien hatte das



Mehr dazu in der F.A.Z. vom 01.08.2016. Am Vorabend schon in der **F.A.Z.-App** und als **E-Paper**.

türkisch-europäische Flüchtlingsabkommen vom März zu einem starken Rückgang der Zahl Migranten geführt, die auf den griechischen Inseln ankommen. Kamen im Januar und Februar noch fast 2000 Migranten täglich auf die Inseln, waren es im Juni zuletzt nur noch 50. Seit Juli steigen die Zahlen aber wieder.

Quelle: FAZ.NET

[Zur Homepage](#)

Themen zu diesem Beitrag: [Ultimatum](#) | [Flüchtlingsabkommen](#) | [Türkei](#) | [Europäische Union](#) | [Visafreiheit](#) | [Mevlüt Cavusoglu](#) | [Alle Themen](#)

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben

Weitere Empfehlungen

EU-Beitritt der Türkei

Vor 2023?

Die Regierung in Ankara sendet verwirrende Signale: Der EU-Beitritt wird bis spätestens 2023 gewünscht, doch gleichzeitig der Weg in die Autokratie beharrlich verfolgt. Erdogan muss sich entscheiden. Mehr [Von KLAUS-DIETER FRANKENBERGER](#)
20.08.2016, 09:58 Uhr | Politik

Den Haag

Angeklagter gibt Beteiligung an Zerstörungen in Timbuktu zu

Ein ehemaliger Islamist aus Mali hat vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag seine Beteiligung an der Zerstörung von religiösen Stätten in Timbuktu gestanden. In diesem Verfahren wird erstmals die Zerstörung von Kulturgütern als Kriegsverbrechen verhandelt. Mehr [22.08.2016, 16:43 Uhr | Politik](#)



Deutscher Islamverband

Wieso die Kritik am Moscheenverband Ditib wächst

Seit der Putschversuch in der Türkei scheiterte, distanzieren sich immer mehr Politiker vom Islamverband Ditib. Zuletzt NRW-Ministerpräsidentin Kraft. Dabei zeigt sich im Streit, dass eine religionspolitische Strategie fehlt. Mehr [Von REINHARD BINGENER](#)
20.08.2016, 15:18 Uhr | Politik



Irak

Sicherheitskräfte stellen Jungen mit Sprengstoffgürtel

Kurdische Sicherheitskräfte haben in der irakischen Stadt Kirkuk einem Jungen einen Sprenggürtel abgenommen, bevor er diesen zur Explosion bringen konnte. Fotos zeigen, wie die Männer den weißen Gürtel abnehmen. Mehr [22.08.2016, 15:11 Uhr | Politik](#)



Anschlag in der Türkei

Das Muster des Terrors

Nach dem Anschlag in der Osttürkei erhebt die oppositionelle HDP Vorwürfe gegen die Regierung. Doch auch Erdogan spricht nun offen aus, wen er hinter der Tat vermutet. Mehr [Von MICHAEL MARTENS, ATHEN](#)
21.08.2016, 19:43 Uhr | Politik



Anzeige

Folgende Karrierechancen könnten Sie interessieren:

Senior Data Engineer Embedded & M2M (m/w)
T-Systems International GmbH

Rektorin/Rektor
Veterinärmedizinischen Universität Wien

Senior Data Analyst Embedded & M2M (m/w)
T-Systems International GmbH

(Junior) Business Intelligence Analyst (m/w)
Immowelt AG

Weitere Stellenangebote

Frankfurter Allgemeine
Stellenmarkt

Frankfurter Allgemeine

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001 - 2016
Alle Rechte vorbehalten.

Die Redaktion twittert

Eine Twitter Liste von @FAZ_Politik



David Klaubert

@KlaubertD

Zum Ende von #Rio2016 nochmal: Geschichten
über Schönheit, Musik und Gewalt faz.net/aktuell/gesellschaft/storytelling